

**Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht**

---

**Band 146**

# **Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen**

**Zur Zulässigkeit von Betriebsbesetzungen  
und Betriebsblockaden unter Berücksichtigung des  
Funktionszusammenhangs von Privatautonomie,  
Tarifautonomie und Arbeitskampfrecht**

**Von**

**Jürgen Treber**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**JÜRGEN TREBER**

**Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen**

**Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht**

**Band 146**

# **Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen**

**Zur Zulässigkeit von Betriebsbesetzungen  
und Betriebsblockaden unter Berücksichtigung des  
Funktionszusammenhangs von Privatautonomie,  
Tarifautonomie und Arbeitskampfrecht**

**Von**

**Jürgen Treber**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Treber, Jürgen:**

Aktiv produktionsbehindernde Massnahmen : zur Zulässigkeit von Betriebsbesetzungen und Betriebsblockaden unter Berücksichtigung des Funktionszusammenhangs von Privatautonomie, Tarifautonomie und Arbeitskampfrecht / von Jürgen Treber. – Berlin : Duncker und Humblot, 1996 (Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht ; Bd. 146)

Zugl.: Mainz, Univ., Diss., 1995/96

ISBN 3-428-08698-8

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0227

ISBN 3-428-08698-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ∞

## Vorwort

„Die Auffassungen darüber, was nach dem geltenden Recht "rechtens" sei, oder besser: was als geltendes Recht aus dem spärlichen Normenfundus, ja aus dem Normdefizit herausgelesen wird, sie sind nirgends so extrem unterschiedlich wie in unserem Arbeitskampfrecht [...] .“

Diese Aussage von Otto Rudolf Kissel über den »Kampf um den Arbeitskampf«<sup>1</sup> kennzeichnet treffend die Situation bei der Beantwortung arbeitskampfrechtlicher Fragen, die über den allgemeinen Befund der grundsätzlichen Zulässigkeit von Tarifarbeitskämpfen hinausgehen. Sie ist auch für die dieser Untersuchung zugrundeliegenden Fragestellungen charakteristisch.

Anlaß für die Arbeit sind die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie im Jahre 1984, die Beschlüsse der Industriegewerkschaft Druck und Papier und der Industriegewerkschaft Metall im Jahre 1986 und die sich anschließende Diskussion über Betriebsbesetzungen und Betriebsblockaden als Mittel des gewerkschaftlichen Arbeitskampfes.

Die Abhandlung untersucht, ob nach dem geltenden Arbeitskampfrecht im Rahmen von Tarifarbeitskämpfen die Arbeitnehmerseite Maßnahmen ergreifen kann, die über die reine Arbeitsniederlegung hinausgehen. Bei der Entwicklung von Maßstäben für die Beurteilung solcher »aktiv produktionsbehindernder Maßnahmen« werden Grundfragen des Koalitions- und Arbeitskampfrechts berührt.

Notwendig ist zudem eine Analyse des auch in diesem Kontext angeführten Funktionszusammenhangs von Privatautonomie, Tarifautonomie und Arbeitskampfrecht. Die Abhandlung versteht sich von daher auch als Beitrag zu den Grundlagen des Arbeitskampfrechts.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 1995/1996 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Schrifttum wurden in der vorliegenden Fassung bis zum März 1996 berücksichtigt.

Die Dissertation betreute Professor Dr. *Horst Konzen*. Ich danke ihm ganz besonders für die Anregung zu diesem Thema, die gewährte Förderung und Freiheit bei der Erstellung der Arbeit sowie für die Diskussionen, die kritisches

---

<sup>1</sup> Kissel, RdA 1988, 321, 322.

Überdenken und Präzisierungen veranlaßt haben. Mein Dank gilt auch Professor Dr. *Alfons Kraft* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mainz, im April 1996

*Jürgen Treber*

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b>	25
§ 1 Anlaß der Untersuchung und Problemstellung . . . . .	30
<i>Erster Teil</i>	
<b>Geschichte, Erscheinungsformen und Bewertung von Betriebsbesetzungen und -blockaden</b>	58
§ 2 Historische und aktuelle Entwicklung von Betriebsbesetzungen und -blockaden . . . . .	58
§ 3 Typologie von Betriebsbesetzungen und -blockaden . . . . .	93
§ 4 Besetzungs- und Blockademaßnahmen in der Rechtsprechung . . . . .	119
§ 5 Betriebsbesetzungen und -blockaden in der juristischen Literatur . . . . .	156
§ 6 Begründungsansätze für neue gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsmittel . . . . .	216
<i>Zweiter Teil</i>	
<b>Grundlagen, Umfang und Grenzen des Arbeitskämpfrechts und aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen</b>	233
§ 7 Rechtsgrundlagen und rechtliche Entwicklung . . . . .	233
§ 8 Verfassungsrechtliche Gewährleistung des Arbeitskämpfrechts . . . . .	273
§ 9 Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit . . . . .	289
§ 10 Arbeitskampf, Privat- und Tarifautonomie . . . . .	308
§ 11 Umfang der verfassungsrechtlichen Arbeitskämpfgarantie . . . . .	364
§ 12 Der Grundsatz der Parität . . . . .	402
§ 13 Übermaßverbot und weitere verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	476
<b>Zusammenfassung</b> . . . . .	495
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	501
<b>Sachregister</b> . . . . .	554



# Inhaltsverzeichnis

	<b>Einleitung</b>	25
§ 1	Anlaß der Untersuchung und Problemstellung . . . . .	30
	A. Betriebsbesetzungen und -blockaden und gewerkschaftlicher Arbeitskampf . . . . .	30
	I. Die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie 1984 . . . . .	30
	1. Druckindustrie. . . . .	33
	2. Metallindustrie . . . . .	37
	II. Betriebsbesetzungen und -blockaden in der gewerkschaftlichen Diskussion . . . . .	42
	1. Der 14. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier . . . . .	42
	2. Der 15. o. Gewerkschaftstag der IG Metall . . . . .	44
	3. Der 11. o. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV . . . . .	48
	4. »Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat« - Die wissenschaftliche Konferenz des DGB . . . . .	48
	III. Entwicklungsperspektiven . . . . .	49
	B. Problemstellung . . . . .	52
	C. Gang der Untersuchung . . . . .	57
	<i>Erster Teil</i>	
	<b>Geschichte, Erscheinungsformen und Bewertung von Betriebsbesetzungen und -blockaden</b>	58
§ 2	Historische und aktuelle Entwicklung von Betriebsbesetzungen und -blockaden . . . . .	58
	A. Frühe Beispiele von Betriebsbesetzungen und -blockaden . . . . .	60
	B. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1984 . . . . .	63
	I. Betriebsbesetzungen und -blockaden außerhalb gewerkschaftlicher Tarifarbeitskämpfe . . . . .	63
	1. Betriebsbesetzungen . . . . .	63
	2. Betriebsblockaden . . . . .	71
	3. Gewerkschaftliche Haltung . . . . .	72

II. Betriebsbesetzungen und -blockaden im Rahmen gewerkschaftlicher Tarifarbeitskämpfe . . . . .	74
1. Betriebsbesetzungen . . . . .	74
2. Betriebsblockaden . . . . .	77
C. Die Arbeitskämpfe 1984 in der Druck- und Metallindustrie . . . . .	82
I. Druckindustrie . . . . .	82
II. Metallindustrie . . . . .	84
D. Weitere Entwicklung . . . . .	87
I. Gewerkschaftliche Arbeitskämpfe . . . . .	87
1. Betriebsbesetzungen . . . . .	87
2. Betriebsblockaden . . . . .	87
II. Betriebsbesetzungen und -blockaden außerhalb von Tarifarbeitskämpfen . . . . .	89
§ 3 Typologie von Betriebsbesetzungen und -blockaden . . . . .	93
A. Anlässe und Funktionen . . . . .	94
B. Begriffsbestimmungen . . . . .	98
I. Arbeitskampf . . . . .	98
1. »Zufügung und Abwehr von Nachteilen« als Begriffselement . . . . .	100
2. Vertragsorientierte Neubestimmung? . . . . .	103
II. Streik . . . . .	105
III. Streikposten . . . . .	107
IV. Merkmale von Betriebsbesetzungen, -blockaden und aktiv produktionsbehindernden Maßnahmen . . . . .	108
1. Betriebsbesetzungen . . . . .	108
2. Betriebsblockaden . . . . .	112
3. Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen . . . . .	114
V. Abgrenzung zu anderen Arbeitskämpfungsmitteln . . . . .	114
1. Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen als Streikbestandteil . . . . .	114
2. Abgrenzung zum Boykott . . . . .	116
§ 4 Besetzungs- und Blockademaßnahmen in der Rechtsprechung . . . . .	119
A. Bis zum Ende des Kaiserreichs . . . . .	119
B. In der Weimarer Republik . . . . .	124
C. Zur Zeit des Nationalsozialismus . . . . .	126
D. Bis zum Beschluß des Großen Senats im Jahre 1955 . . . . .	126
E. Entwicklung bis zu den Arbeitskämpfen 1984 . . . . .	131
I. Zugangsbehinderungen und Blockaden . . . . .	131
1. Entscheidungen erst- und zweitinstanzlicher Gerichte . . . . .	131
2. Die Position des Bundesarbeitsgerichts . . . . .	133
II. Der »Erwitte-Fall« . . . . .	134
III. Besetzungen und Blockaden in der Seeschifffahrt . . . . .	136

F. Entwicklung seit 1984 . . . . .	139
I. Instanzgerichte . . . . .	139
1. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	139
a) Verfahren anlässlich der Arbeitskämpfe 1984 . . . . .	139
b) Entscheidungen nach 1984 . . . . .	146
2. Hauptsacheverfahren . . . . .	147
3. Kritik . . . . .	148
II. Bundesarbeitsgericht . . . . .	149
1. Die Entscheidungen des Jahres 1988 . . . . .	150
a) Das »4. Warnstreik-Urteil« vom 21.6.1988 - 1 AZR 651/86 . . . . .	150
b) Das Urteil vom 21.6.1988 - 1 AZR 653/86 . . . . .	151
c) Das Urteil vom 8.11.1988 . . . . .	152
2. Weitere Entscheidungen . . . . .	154
3. Fazit . . . . .	155
§ 5 Betriebsbesetzungen und -blockaden in der juristischen Literatur . . . . .	156
A. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik . . . . .	156
I. Zur Zeit des Kaiserreichs . . . . .	156
II. In der Weimarer Republik . . . . .	157
B. In der Bundesrepublik Deutschland bis 1984 . . . . .	157
C. Seit den Arbeitskämpfen 1984 . . . . .	161
I. Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen und Streikrechtsgarantien . . . . .	163
II. Beschränkung von Arbeitskämpfmaßnahmen auf die Arbeitsniederlegung? . . . . .	165
III. Die freie Wahl der Arbeitskämpfmittel . . . . .	169
IV. Der »Grundsatz der Parität« und der »Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 GG« . . . . .	172
1. »Paritätsgrundsatz« und »Schutzbereich« als Zulässigkeitskriterien . . . . .	172
a) Gemeinsame Bezugspunkte . . . . .	173
b) Effektiver Arbeitskampf und Paritätsgrundsatz . . . . .	174
2. Gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsfähigkeit . . . . .	178
a) Determinanten . . . . .	178
b) Rechtliche Relevanz . . . . .	180
c) Tatsächliche Bedeutung . . . . .	183
3. Zulässigkeit aktiv produktionsbehindernder Maßnahmen als Folge beeinträchtigter gewerkschaftlicher Arbeitskämpfungsfähigkeit . . . . .	184
V. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	186
VI. Weitere verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	191
1. Grundrechte der Arbeitgeber . . . . .	192
a) Eingriff in das Sacheigentum nach Art. 14 Abs. 1 GG . . . . .	193

b) Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb . . . . .	196
c) Eingriff in das Hausrecht nach Art. 13 GG . . . . .	197
2. Grundrechte »unbeteiligter« Dritter . . . . .	197
a) Grundrechte nichtstreikender Arbeitnehmer . . . . .	200
b) Insbesondere: Die »negative Koalitionsfreiheit« der Nichtstreikenden . . . . .	201
c) Grundrechte sonstiger »unbeteiligter« Dritter . . . . .	203
VII. Art. 9 Abs. 2 GG und die »allgemeinen Gesetze« als Schranken . . . . .	203
VIII. Einfaches Gesetzesrecht als Grenze . . . . .	206
IX. Internationalrechtliche Aspekte . . . . .	212
D. Fazit . . . . .	215
§ 6 Begründungsansätze für neue gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsmittel . . . . .	216
A. Ökonomische Rahmendaten . . . . .	217
B. Technologische Entwicklungen und Arbeitskämpffolgen . . . . .	219
I. Möglichkeiten der Produktionsfortführung . . . . .	220
1. Exemplarische Darstellung anhand des Arbeitskampfes in der Druckindustrie 1984 . . . . .	220
2. Auswirkungen neuer Technologien auf Arbeitskämpfe im Bereich der IG Medien . . . . .	221
3. Neue Technologien und Produktionsfortführung . . . . .	223
II. Zunehmende Produktionsinterdependenz . . . . .	224
III. Produktionsverlagerungen . . . . .	227
C. Veränderungen der Belegschaftsstrukturen . . . . .	229
I. »Atypische Arbeitsverhältnisse« . . . . .	229
II. Unternehmens- und Betriebsaufspaltungen . . . . .	231
III. Technologische Veränderungen . . . . .	231
 <i>Zweiter Teil</i>  	
<b>Grundlagen, Umfang und Grenzen des Arbeitskampfrechts und aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen</b>	
	233
§ 7 Rechtsgrundlagen und rechtliche Entwicklung . . . . .	233
A. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	233
I. Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit . . . . .	233
II. Einfaches Gesetzesrecht . . . . .	236
III. Landesverfassungsrecht . . . . .	237
IV. Internationales und europäisches Recht . . . . .	239
1. Europäische Sozialcharta . . . . .	239
2. Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte . . . . .	241

3. Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	242
4. Übereinkommen der Vereinten Nationen . . . . .	243
5. Übereinkommen der ILO . . . . .	244
6. Folgerungen . . . . .	248
B. Arbeitskampf und Richterrecht . . . . .	248
I. Entwicklungslinien der Rechtsprechung . . . . .	248
1. Bundesarbeitsgericht . . . . .	248
a) Der Beschluß des Großen Senats vom 28.1.1955 . . . . .	248
b) Der Beschluß des Großen Senats vom 21.4.1971 . . . . .	250
c) Die Urteile des 1. Senats vom 10.6.1980 . . . . .	252
d) Weitere Entscheidungen . . . . .	253
e) Fazit . . . . .	254
2. Bundesverfassungsgericht . . . . .	255
a) Die Rechtsprechung bis zum Jahre 1991 . . . . .	255
b) Die Entscheidungen seit 1991 . . . . .	256
II. Zulässigkeit und Grenzen des »Richterrechts« . . . . .	259
C. Grundrechtsverständnis und Grundrechtsinterpretation . . . . .	267
§ 8 Verfassungsrechtliche Gewährleistung des Arbeitskampfrechts . . . . .	273
A. Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	273
B. Arbeitskampf und Einrichtungsgarantien . . . . .	274
C. Weitere Verfassungsbezüge . . . . .	278
D. Auswirkungen auf das Zivil- und Strafrecht . . . . .	281
I. Rechtsnatur und Funktion des Arbeitskampfrechts . . . . .	281
II. Die Einheitstheorie des Bundesarbeitsgerichts . . . . .	282
III. Kritik der Einheitstheorie . . . . .	285
§ 9 Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit . . . . .	289
A. Koalitionsfreiheit als Freiheits- und soziales Schutzrecht . . . . .	289
B. Garantien des Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	292
I. Individuelle Koalitionsfreiheit . . . . .	292
II. Kollektive Koalitionsfreiheit . . . . .	293
1. Historische Auslegung . . . . .	293
2. Normzweckorientierte Interpretation . . . . .	295
3. Das Koalitionsrecht als »Doppelgrundrecht« . . . . .	296
a) Die Kritik an der Grundrechtsträgerschaft von Koalitionen . . . . .	296
b) Stellungnahme . . . . .	298
4. Elemente der kollektiven Koalitionsfreiheit . . . . .	305
§ 10 Arbeitskampf, Privat- und Tarifautonomie . . . . .	308
A. Privatautonomie im Waren- und Arbeitsmarkt . . . . .	308
I. Privatautonomie und Vertragsfreiheit . . . . .	308

1. Liberale Vertragstheorie . . . . .	308
2. Sozio-ökonomische Grundlagen bürgerlicher Vertragsfreiheit . . . . .	310
3. Liberales Vertragsmodell, sozialer Wandel und Vertragsgerechtigkeit . . . . .	312
4. Kompensation ungleichgewichtiger Vertragssituationen . . . . .	315
II. Arbeitsvertrag, Vertragsparität und Arbeitsrecht . . . . .	320
1. Arbeitsvertrag und Vertragsgerechtigkeit . . . . .	323
2. Arbeitsrecht und sozialer Schutzgedanke . . . . .	323
3. Arbeitsvertrag und Verhandlungsgleichgewicht . . . . .	326
III. Fazit . . . . .	330
B. Tarifautonomie in der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung . . . . .	331
I. Entwicklung . . . . .	331
II. Funktionselemente . . . . .	334
III. Rechtsnatur des Tarifvertrages . . . . .	338
C. Bedingungen des tarifvertraglichen Einigungsprozesses . . . . .	343
I. Tarifautonomie, Tarifeinigung und der »freie Vertrag« . . . . .	344
II. Tarifautonomie und die Preisbildung am Arbeitsmarkt . . . . .	345
1. Historische Anerkennung der Gestaltungsmittel einer liberal verfaßten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung . . . . .	346
2. Arbeitsmarkt und Preisbildungsmechanismen . . . . .	350
3. Zustandekommen des Tarifvertrages und privatautonome Vertragseinigung . . . . .	352
a) Vertragsmodell und »freier Vertrag« . . . . .	353
b) Tarifverträge und bilaterales Monopol . . . . .	354
c) Tarifeinigungsprozeß im Verhältnis zum »freien Vertrag« . . . . .	359
D. Tarifautonomie und Arbeitskampf . . . . .	362
§ 11 Umfang der verfassungsrechtlichen Arbeitskampfgarantie . . . . .	364
A. Tarifvertragsbezogenheit des Arbeitskampfrechtssystems . . . . .	364
B. Maßstäbe zur Ausfüllung der Gewährleistung . . . . .	364
I. Koalitionsfreiheit und »Kernbereichslehre« . . . . .	365
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	365
2. Rezeption durch das Bundesarbeitsgericht . . . . .	368
3. Kritik . . . . .	371
II. Ausgestaltungsgesetzgebung und Koalitionsgrundrecht . . . . .	375
1. Ausgestaltungsgesetzgebung als Typus . . . . .	375
a) Grundlegung . . . . .	375
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben der Ausgestaltung . . . . .	379
c) Ausgestaltung und Schrankengesetzgebung . . . . .	381
2. Ausgestaltung des Koalitionsgrundrechts . . . . .	381
a) Funktioneller Schutzbereich . . . . .	381
b) Ausgestaltungsmaßstäbe . . . . .	382
3. Ausgestaltung eines Arbeitskampfrechtssystems . . . . .	390

a) Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	390
b) Die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	392
c) Ausgestaltung einer Arbeitskampfordnung durch Richterrecht . . . . .	393
C. Der Grundsatz der freien Arbeitskammittelwahl . . . . .	394
I. Grundlagen . . . . .	394
II. Grenzen . . . . .	398
1. »Historisch überkommene Koalitionsmittel« ? . . . . .	398
2. Eingriffe in Rechte Dritter . . . . .	399
D. Arbeitskampfordnung und aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen . . . . .	400
§ 12 Der Grundsatz der Parität . . . . .	402
A. Grundlegung . . . . .	402
I. Funktion . . . . .	402
II. Bezugspunkte . . . . .	403
1. Waffengleichheit und formelles Paritätsverständnis . . . . .	404
2. Normative Parität . . . . .	406
3. Historische Parität . . . . .	407
4. Verhandlungsgleichgewicht und materielle Parität . . . . .	408
III. Koalitionsparität als verfassungsrechtlicher Ausgestaltungsmaßstab . . . . .	409
IV. Arbeitskampfparität und Staatsneutralität . . . . .	411
V. Konkretisierungen der »materiellen Verhandlungsparität« . . . . .	413
1. Materielle Paritätskriterien . . . . .	415
a) Tarifbezogene Parität . . . . .	415
b) Parität und prästabiles Gleichgewicht . . . . .	416
c) Verzicht auf die Einbeziehung rechtstatsächlicher Grundlagen ? . . . . .	417
2. Abstrakter Paritätsmaßstab . . . . .	418
3. »Branchenspezifische« Parität . . . . .	423
B. Paritätserfordernis und »effektiver Arbeitskampf« . . . . .	425
C. Arbeitskampfparität und aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen . . . . .	429
I. Kategorien der Paritätsfeststellung . . . . .	429
1. Gewerkschaftlicher Arbeitskampf und Paritätswahrung . . . . .	430
2. Streik als dominierendes gewerkschaftliches Arbeitskammittel . . . . .	432
a) »Soziale Mächtigkeit« und Arbeitskammppfähigkeit . . . . .	433
b) Gewerkschaftliche Finanzkraft und gewerkschaftliches Streikmonopol . . . . .	435
3. Reaktionsmöglichkeiten der Arbeitgeber . . . . .	439
a) Insbesondere: Kompensation des gewerkschaftlichen Streikmonopols . . . . .	442
b) Kompensationsmaßnahmen und generelle Paritätsrelevanz . . . . .	444
II. Paritätsrelevanz der Streikkompensationsmaßnahmen . . . . .	445
1. Fallgruppen . . . . .	445
a) Belegschaftsersetzungen . . . . .	445

b) Verzögerung der Streikwirkungen . . . . .	450
2. Paritätsstörungen durch streikkompensierende Maßnahmen . . . . .	454
a) Belegschaftsersetzungen . . . . .	455
b) Verzögerung der Streikwirkungen . . . . .	456
III. Folgen gestörter Parität . . . . .	461
1. Disparität durch den Einsatz aktiv produktionsbehindernder Maßnahmen . . . . .	461
2. Paritätswahrende Maßnahmen . . . . .	463
a) Betriebsblockaden . . . . .	466
b) Verbot der »Taktik der offenen Tür« . . . . .	468
c) »Verbleiben am Arbeitsplatz« . . . . .	470
d) Boykott und Unterstützungskampfmaßnahmen . . . . .	472
3. Bewertung . . . . .	473
§ 13 Übermaßverbot und weitere verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	476
A. Übermaßverbot und Arbeitskampf . . . . .	476
I. Geltungsbereich . . . . .	476
II. Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen . . . . .	482
B. Weitere verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	483
I. Grundrechte des Arbeitgebers . . . . .	484
1. Das Eigentumsrecht nach Art. 14 Abs. 1 GG . . . . .	484
2. Das Hausrecht nach Art. 13 Abs. 1 GG . . . . .	489
II. Grundrechte »Dritter« . . . . .	491
C. Bewertung . . . . .	494
<b>Zusammenfassung</b> . . . . .	495
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	501
<b>Sachregister</b> . . . . .	554

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
abl.	ablehnend
ABIBayArbMin.	Amtsblatt des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge (Bayern) (Teil C)
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte
AcP	Archiv für civilistische Praxis [Band (Jahr)]
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Amtsgericht
AGV Metall Hessen	Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V.
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
AK-BGB	Alternativkommentar, Kommentar zum BGB, Band 3, Besonderes Schuldrecht, Neuwied und Darmstadt 1979
AK-GG	Alternativkommentar, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Neuwied 1989
Amtsbl.	Amtsblatt
Amtl. Begr.	Amtliche Begründung
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit
Anh.	Anhang
AOG	Gesetz zu Ordnung der Nationalen Arbeit
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts)
AR	Arbeitsrecht (Zeitschrift)
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGeb	Der Arbeitgeber. Offizielles Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbGV	Deutscher Arbeitsgerichtsverband
AR-Blattei (D)	Arbeitsrechts-Blattei - Handbuch für die Praxis (bis April 1992)
AR-Blattei (ES)	Arbeitsrechts-Blattei, Entscheidungssammlung, hrsg. von Oehmann, Werner/ Dieterich, Thomas (ab Juni 1992)
AR-Blattei (SD)	Arbeitsrechts-Blattei, Systematische Darstellungen, hrsg. von Oehmann, Werner/ Dieterich, Thomas (ab Juni 1992) (Stand: März 1996)

ArbR	Arbeitsrecht. Zeitschrift für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten
ArbRGW	Das Arbeitsrecht der Gegenwart - Jahrbuch für das gesamte Arbeitsrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit. Nachschlagewerk für Wissenschaft und Praxis [Band (Jahr), Seite]
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ARS	Arbeitsrechtliche Sammlung, Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der anderen Arbeitsgerichte (= Bensheimer Sammlung)
ARSt	Das Arbeitsrecht in Stichworten
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
AÜG	Gesetz zur Regelung der gewerbmäßigen Arbeitnehmerüberlassung
AuR	Arbeit und Recht, Zeitschrift für arbeitsrechtliche Praxis
Az.	Aktenzeichen
AZO	Arbeitszeitordnung
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAG-FS	Gamillscheg, Franz./Hueck, Götz/Wiedemann, Herbert (Hrsg.), 25 Jahre Bundesarbeitsgericht, München 1979
BarbBl	Bundesarbeitsblatt
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BayPersVG	Bayerisches Personalvertretungsgesetz
BayPersVGBP	Gesetz über die Personalvertretungen für die Bayerische Bereitschaftspolizei
BB	Der Betriebs-Berater
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdiP	Blätter für deutsche und internationale Politik
Beil.	Beilage
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz, v. 15.1.1972 (BGBl. I, S. 13)
BetrVG 1952	Betriebsverfassungsgesetz, v. 11.10.1952 (BGBl. I, S. 681), i. d. F. v. 15.1.1972 (BGBl. I, S. 13)
BFH	Bundesfinanzhof
BFDH	Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BlStSozArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht
BPersVG	Bundespersönalvertretungsgesetz

BSchFG	Gesetz über arbeitsrechtliche Vorschriften zur Beschäftigungsförderung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichtes
BT	Besonderer Teil
BTDruckS	Bundestagsdrucksache
BullBReg	Bulletin der Bundesregierung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CBI.	Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
CIE	Council of Europe, European Social Charter, Committee of Independent Experts of the European Social Charter, Conclusions of the European Social Charter, Provisional edition, Strassburg, 1969 ff [zitiert: CIE, Conclusions [No.], [Year], [Page] ]
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DB	Der Betrieb
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DöD	Der öffentliche Dienst
DöV	Die öffentliche Verwaltung
DRda	Das Recht der Arbeit (Österreich)
Drucks.	Drucksache
DuR	Demokratie und Recht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB a.F.	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, v. 18.8.1886 (RGBl. S. 604), i.d.F. v. 8.11.1985 (BGBl. I S. 2065)
EGBGB 1986	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch i.d.F. v. 1.9.1986 (BGBl. I S. 1142)
EMKR	Europäische Menschenrechtskonvention
EntgeltFG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall
Ents.	Entscheidung
Erg.	Ergänzung

Erl.	Erläuterung
ESC	Europäische Sozialcharta
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGRZ	Europäische Grundrechte (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuroAS	Informationsdienst Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland
FG	Festgabe
FR	Frankfurter Rundschau
FS	Festschrift
GA	Gewerbearchiv
GD	Gedächtnisschrift
GdP	Gewerkschaft der Polizei
Gesamtmetall	Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V. Köln
GewO	Gewerbeordnung
GewJB	Gewerkschaftsjahrbuch
GG	Grundgesetz
GMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GoldDA	Goldammers Archiv für Strafrecht (Band und Seite)
gr	Gewerkschaftsreport des Instituts der Deutschen Wirtschaft
grdl.	grundlegend
Gruchot	Gruchot Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts (Band und Seite)
GS	Großer Senat
GVBl.	Gesetzes- und Verordnungsblatt
GW	Der Gewerkschafter - Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HAG	Heimarbeitsgesetz
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung
HB	Das Handelsblatt
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
HbVR	Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Auflage, Berlin und New York 1994 ( <i>zitiert</i> : [Autor], HbVR)
HDE	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch
Hs.	Halbsatz

HStR	Handbuch des Staatsrechts für die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. von Isensee, Josef und Kirchhof, Paul, Band III, Das Handeln des Staates, Heidelberg 1988, Band V, Grundrechtslehren, Heidelberg 1992, Band VI, Freiheitsrechte, Heidelberg 1989 ( <i>zitiert</i> : [Autor], in: HStR, [Bd.] )
HZA	Leinemann, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch zum Arbeitsrecht, Loseblatt, Neuwied
ICFTU	International Confederation of Free Trade Unions
i.d.F.	in der Fassung
IG Druck und Papier	Industriegewerkschaft Druck und Papier
IG Medien	Industriegewerkschaft Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst
IGM-direkt	IGM-direkt - Der Informationsdienst der IG Metall
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
ILC	International Labour Conference
ILO (IAO)	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
IMSF	Institut für marxistische Studien und Forschungen
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ISR	Gesetz zur Einführung eines zusätzlichen Registers für Seeschiffe unter der Bundesflagge im internationalen Verkehr (Internationales Seeschiffsregister)
ITF	International Transport Workers Federation
JA	Juristische Arbeitsblätter
JArbSchG	Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend
JfP	Jahrbuch für Politik
JiR	Jahrbuch für internationales und ausländisches Recht [Band (Jahr)]
JMBL (NW)	Justizministerialblatt (Nordrhein-Westfalen)
JR	Juristische Rundschau
JöR	Leibholz, Gerhard/von Mangoldt, Hermann (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge/Band 1 ff, Tübingen 1951 ff
JurA	Juristische Analysen
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
Koalitionsfreiheit	Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Bd. 75, Die Koalitionsfreiheit des Arbeitnehmers, Rechtsvergleichung und Völkerrecht, Teil 1 und 2

KRG (Nr. 22)	Kontrollratsgesetz Nr. 22, v. 10.4.1946 (ABl. des Kontrollrats, S. 133)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
Leviathan	Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft
LG	Landgericht
LFZG	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, Entscheidungen in Zivilsachen
LS.	Leitsatz
m. (w.)	mit (weiteren)
metall	metall - Zeitung der Industriegewerkschaft Metall
MEW	Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke, Berlin (Ost) 1962 ff
Mitbest.	Die Mitbestimmung
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
MittAB	Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit
MünchArb	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, Hrsg. von Richardi, Reinhard/Wlotzke, Otto; Band 1, Individualarbeitsrecht, München 1992, Band 2, Individualarbeitsrecht II, München 1993 Band 3, Kollektives Arbeitsrecht, München 1993 ( <i>zitiert: MünchArbR-Bearbeiter</i> , [Band])
MünchKomm	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 1, Allgemeiner Teil (§§ 1-240), AGB-Gesetz, 3. Auflage, München 1994, [ <i>zitiert: MünchKomm-Bearbeiter</i> ]
MuSchG	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter
Nachrichten	Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik
n.F.	neue(r) Fassung
Nipperdey I	Nipperdey I, Arbeitsrecht. Sammlung aller wichtigen Gesetze in der Bundesrepublik und in ihren Ländern einschließlich Berlins geltenden arbeitsrechtlichen Vorschriften, München
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
Nw.	Nachweise
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, bis 1993: Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
o.	ordentliche(r)
o.D.	ohne Datum

o.J.	ohne Jahresangabe
o.V.	ohne Verfasserangabe
OECD	Organisation für Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (Band [Jahr])
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PersR	Der Personalrat
PersV	Personalvertretung
PostVerfG	Gesetz über die Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost
PVS	Politische Vierteljahresschrift
Quelle	Die Quelle - Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes
R	Rückseite
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RAG	Reichsarbeitsgericht
RAGE	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts
RAnz.	Reichsanzeiger
RdA	Recht der Arbeit
Rdnr.	Randnummer(n)
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGRK	Kommentar, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern (12. Auflage 1974 ff)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rs.	Rechtssache
R(echt)spr.	Rechtsprechung
RVO	Reichsversicherungsordnung
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SchwBG	Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft
SchliW	Schlichtungswesen
SeeAE	Sammlung See-Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
Seefahrt	Seefahrt - ÖTV-Mitteilungen für Kapitäne und Besatzungsmitglieder (Hrsg.: Abteilung Seeschifffahrt der ÖTV)
SeemG	Seemannsgesetz
SeuffA	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung (Jahr, Spalte)
StGB	Strafgesetzbuch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung

Supp.	Supplement
Symposium- Arbeitskampfrecht	Lieb, Manfred/von Stebut, Dietrich/Zöllner, Wolfgang (Hrsg.), Arbeitskampfrecht - Symposium Hugo Seiter zum Gedächtnis, Berlin 1990
SZ	Süddeutsche Zeitung
TVG	Tarifvertragsgesetz
TVVO	Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Aus- schüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten
tw.	teilweise
umf.	umfassend(e)
UNO	United Nations Organization
VerwArch	Verwaltungsarchiv, Band (Jahr)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VMI	Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e. V.
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VOBl.	Verordnungsblatt
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechts- lehrer
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WdA	Welt der Arbeit
WiGBI.	Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
WSI-Mitt.	WSI-Mitteilungen - Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwis- senschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Band und Jahr
ZAS	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (Österreich)
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und So- zialrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zust.	zustimmend

## Einleitung

„Tarifautonomie ist darauf angelegt, die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluß von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen und damit ein annähernd gleichgewichtiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.“<sup>1</sup> Die in Art. 9 Abs. 3 GG verfassungsrechtlich verankerte Tarifautonomie verfolgt den im öffentlichen Interesse liegenden Zweck, dem von der staatlichen Rechtssetzung ausgesparten Raum des Arbeitslebens im einzelnen durch Tarifverträge „autonom“ zu regeln<sup>2</sup>. Erzielen die Tarifvertragsparteien, auch nach einer eventuellen Schlichtung, kein Einvernehmen, so ergibt sich für die eine Vertragsänderung<sup>3</sup> wünschende Partei - und dies sind immer noch regelmäßig die Gewerkschaften<sup>4</sup> - das Bedürfnis nach Durchsetzung ihrer Forderungen. Dafür bleibt

---

<sup>1</sup> *BVerfG*, 26.6.1991, BVerfGE 84, 212, 229 (unter C I 3 b aa); ebenso *BVerfG*, 4.7.1995, BVerfGE 92, 365, 395 (unter C I 1 c).

<sup>2</sup> *BVerfG*, 24.5.1977, BVerfGE 44, 322, 341, 342 (unter B II 1 b bb); grdl., allerdings noch unter Verwendung des Begriffes der „sinnvollen“ Ordnung *BVerfG*, 18.11.1954, BVerfGE 4, 96, 107 (unter C 2 b bb); weiterhin *BVerfG*, 6.5.1964, BVerfGE 18, 18, 27 (unter B I 2); 19.10.1966, BVerfGE 20, 312, 317 (unter C I); 27.2.1973, BVerfGE 34, 307, 317 (unter B II 4 a); 1.3.1979, BVerfGE 50, 290, 367, 372 (unter C IV 1, 2 b cc); 20.10.1981, BVerfGE 58, 233, 247 (unter B I); 2.3.1993, BVerfGE 88, 103, 114 (unter C II 1). Der Begriff der „autonomen Ordnung des Arbeitslebens“ ist dem der „sinnvollen Ordnung des Arbeitslebens“ ebenso wie dem der „Befriedigung“ vorzuziehen. Im einzelnen unten § 9 A, S. 289 f.

<sup>3</sup> Der Begriff *Vertragsänderung* ist präziser. Vorangegangene *tatsächliche* Veränderungen von Arbeits- und Lebensbedingungen, die eine vertragliche Rezeption oder Anpassung notwendig erscheinen lassen, können so gesondert erfaßt werden. Zur notwendigen Anpassung der Arbeitsverträge an geänderte Bedingungen s. auch *BAG*, 10.6.1980, AP Nr. 64 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 4(R) (unter A I 2 a).

<sup>4</sup> *BAG*, 10.6.1980, AP Nr. 64 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 4R (unter A I 2 b); 12.9.1984, AP Nr. 81 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 10 (unter B II 2 a); *Hanau/Adomeit*, C III 3, S. 82; *Lieb*, Arbeitsrecht, § 7 I, vor 1, S. 164; *MünchArbR-Otto*, Bd. 3, § 275, Rn. 47; *Otto*, Arbeitsrecht, § 10 III 2, S. 240; *Seiter*, Streikrecht und Aussperrensrecht, S. 163; implizit auch *MünchArbR-Richardi*, Bd. 1, § 6, Rn. 28.

Allerdings mehren sich Fälle arbeitgeberseitiger Tarifvertragskündigungen: Zur Kündigung der Urlaubstarifverträge durch Gesamtmetall am 28.9.1993 als „einmaligem Fall in der Geschichte der Bundesrepublik“: *FAZ*, 29.9.1993, S. 15, „Angriff der Arbeitgeber“. Zur Kündigung des Stufentarifvertrags für Ostdeutschland durch den Bundesverband Druck am 29.8.1994: *FAZ*, 31.8.1994, S. 11, „IG Medien nennt Tarifkündigung Skandal“, „Stufenlast“. Nw. zur Tarifauseinandersetzung in der ostdeutschen Metall- und Stahlindustrie im 1. Halbjahr 1993 unten § 1 A III, S. 50, Fn. 145.

ihr die Möglichkeit des Arbeitskampfs, worin zunächst jede Ausübung kollektiven Drucks durch die Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite zur Durchsetzung eines gemeinsamen Zieles verstanden werden soll<sup>5</sup>. In der Funktion als Kampf um Löhne und andere Arbeitsbedingungen am Arbeitsmarkt sind Tarifarbeitskämpfe nahezu uneingeschränkt<sup>6</sup> anerkannt. Sie sind erforderlich, um die Regelung der Arbeitsbedingungen ohne staatliche Mitwirkung<sup>7</sup> interessengerecht lösen zu können<sup>8</sup>. Mögen Arbeitskämpfe mitunter als »im allgemeinen

---

Im November 1994 kündigten die kommunalen Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen die Zusatztarifverträge der Angestellten des öffentlichen Dienstes; *FAZ*, 3.12.1994, S. 15, „Am Samstag droht Chaos im Ruhrgebiet“. Die Zusatztarifverträge wurden am 7.12.1994 wieder in Kraft gesetzt; *FAZ*, 8.12.1994, S. 15, „Tarifstreit beigelegt“.

<sup>5</sup> Im einzelnen unten § 3 B I, S. 98 ff.

<sup>6</sup> *BVerfG*, 26.6.1991, BVerfGE 84, 212, 212 (LS 2), 225 (unter C I 1 a); 2.3.1993, BVerfGE 88, 103, 114 (unter C II 1); 4.7.1995, BVerfGE 92, 365, 393 (unter C I 1 a). Vgl. aber *Ehmann*, NZA 1991, 1, 2, der den Arbeitskampf als Rest mittelalterlichen Fehderechts „in das Zeughaus der Geschichte“ verbannt sehen will. Ähnlich *Adomeit*, *FAZ*, 10.8.1984; *Kirchner*, AG 1987, 292 f; *ders.*, in: Muhr, S. 250, 253; *Rieth*, NZA 1986, 697 ff; aus sozioethischer Sicht *Utz*, passim; hierzu *Gerhard Müller*, RdA 1988, 4 ff. Dazu unten § 1 A III, S. 51, m. Fn. 147.

<sup>7</sup> Eine staatliche Zwangsschlichtung wird als verfassungswidrig abgelehnt, *BVerfG*, 6.5.1964, BVerfGE 18, 18, 28 (unter B II 1); *BAG*, 21.4.1971, AP Nr. 43 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 7R (unter Teil III, B I); *Brox/Rüthers*, Rn. 85; *Däubler*, in: *ders.*, Arbeitskampfrecht, Rn. 105z; *Hueck/Nipperdey*, II/1, § 41 I 3 c, S. 734; *Kittner*, in: AK-GG, Art. 9 Abs. 3 GG, Rn. 65; *Löwisch/Rumler*, Schlichtungs- und Arbeitskampfrecht, Rn. 26, 129; *Scholz*, in: Maunz/Dürig, Art. 9, Rn. 285; *Säcker*, Grundprobleme, S. 80; *Zöllner*, AöR 98 (1974), 77, 97.

Zum - letztlich gescheiterten - Versuch staatlicher Zwangsschlichtung in der Weimarer Republik - Verordnung über das Schlichtungswesen, RGBl. I 1923, Nr. 111, S. 1043, Ausführungsverordnung v. 29.12.1923, RGBl. I 1924, Nr. 1, S. 9 - ausf. v. *Brauchitsch*, AuR 1993, 137 ff; *dies.*, insb. S. 85 ff, 141 ff; weiterhin *Bohle*, S. 59 ff. Zur Zerstörung der Tarifautonomie in der Weimarer Republik s. auch *Klönne*, WSI-Mitt. 1993, 488, 492 ff. Für eine staatliche Schlichtungsordnung mit der Möglichkeit zur Zwangsschlichtung *Rasch*, ZRP 1976, 181, 184; dagegen *Zachert*, ZRP 1976, 185 ff. Eine Zwangsschlichtung in - nicht benannten - Ausnahmefällen befürwortet *Gamillscheg*, Grundrechte, S. 97 f; vgl. auch *ders.*, FS Gnade, S. 755, 765: Kontrolle der Forderung bei Arbeitskämpfen im Bereich der ITF (dazu unten § 2 B II 1, S. 75 ff) zur Bestimmung des Übermaßverbotes; dagegen zutreffend *Dauner-Lieb/Krebs*, ZfA 1994, 19, 137. Eine staatliche Tarifaufsicht in bestimmten Wirtschaftsbereichen, insb. im öffentlichen Dienst hält *Rüthers*, ZfA 1988, 257, 263, für denkbar.

<sup>8</sup> Grdl. *BAG*, 28.1.1955, AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 8R (unter II 1); weiterhin *BAG*, 21.4.1971, AP Nr. 43, Bl. 6R (unter III A 1); 10.6.1980, AP Nr. 64, Bl. 4 (unter A 12), m.w.Nw.; 13.7.1993, AP Nr. 127, Bl. 3 (unter III 1 a); jew. zu Art. 9 GG Arbeitskampf, *BVerfG*, 26.6.1991, BVerfGE 84, 212, 224 (unter C I 1 a); 2.3.1993, BVerfGE 86, 103, 114 (unter C II 1).

unerwünscht<sup>9</sup> oder »volkswirtschaftlich schädigend«<sup>10</sup> eingestuft werden, sie gehören zu den notwendigen Funktionselementen des die Freiheit der Tarifautonomie einschließenden, grundgesetzlich offenen<sup>11</sup> Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>9</sup> So noch die Grundsatzentscheidung *BAG*, 28.1.1955, AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 4R (unter I 3), s. auch *BAG*, 21.4.1971, AP Nr. 43 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 6R (unter Teil III, A 1).

<sup>10</sup> Die einseitige, da nur auf einfacher Addition der Ausfalltage und der dabei zustande gekommenen Umsatzeinbußen beruhende und Nachholeffekte wie Einsparungen nicht einbeziehende Schadensberechnung (so im Hinblick auf den Arbeitskampf 1984 in der Metallindustrie *Czerweny von Aarland*, S. 2, Fn. 7; *Gaudecki*, S. 2 ff; *Kreuz*, S. 17, Fn. 2; jew. unter Berufung auf *Kirchner*, RdA 1986, 159, 160.) vermittelt kein realistisches Bild vom Einfluß der Arbeitskämpfe auf die Makroökonomie und die Höhe des Sozialprodukts; *Schnabel*, S. 179. Gleiches gilt auf Grund der Nachholeffekte auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht für längerfristige Konsumgüter, *Bahn Müller*, S. 160 ff. Gegen diese Bewertung schon *Bernstein*, Streik, S. 7; weiterhin *Bauer*, AuR 1955, 65, 67; *Bobke/Jordan/Scheibe-Lange/Volkmann*, S. 44 ff; 56 ff; *Däubler*, in: ders., Arbeitskampfrecht; Rn. 69 ff; *Heenen*, S. 120 f, 123, *Berndt Keller*, S. 170 f; *Günther Klemm*, S. 111 f; *Schnabel*, S. 167 ff, 179; *Scholz/Konzen*, S. 94; differenzierend auch *MünchArbR-Otto*, Bd. 3, § 275, Rn. 33. S. auch *BAG*, 5.3.1985, AP Nr. 85 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, Bl. 2 f (unter 3 b). Zum Arbeitskampf 1984 in der Metallindustrie s. nur *FAZ*, 6.9.1985, „Kühler-Behr hat den Metallstreik glatt verkraftet“; *HB*, 7./8.9. 1984, S. 11 (zu den Nachholeffekten bei Audi/NSU); *SZ*, 19.2.1985, „Trotz Streik das bisher beste BMW-Jahr“; 21.2.1985, „Daimler gibt bei Personenwagen Vollgas“. S. auch die Darstellung bei *Noé*, S. 313 ff, zum Arbeitskampf 1963 in der baden-württembergischen Metallindustrie.

<sup>11</sup> *BVerfG*, 20.7.1954, BVerfGE 4, 7, 17 (unter D 5); 11.6.1958, BVerfGE 7, 377, 400 (unter B IV 3 a); 17.5.1961, BVerfGE 12, 354, 363 (unter IV 1 a); 7.8.1962, BVerfGE 14, 263, 275 (unter C I 3); 16.3.1971, BVerfGE 30, 292, 317 (unter C II 2 c, zu aa); 1.3.1979, BVerfGE 58, 290, 338 (unter C II 1); *Reiner Schmidt*, in: HStR III, § 83, Rn. 17 ff; jew. m.w.Nw. zum Diskussionsstand. S. auch *Scholz*, ZfA 1990, 377, 381.

Die Präambel des Vertrages zur Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18.5.1990 (BGBl. II 1990, S. 518 = GBl. I, S. 331), der nach Art. 40 Abs. 1 Einigungsvertrag (BGBl. II 1990, S. 885) fortbesteht und nach der die Soziale Marktwirtschaft *auch* in der DDR eingeführt werden soll (vgl. Art. 1 Abs. 3 S. 1, wonach diese „die gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien“ ist), führt zu keiner anderen Beurteilung der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Aussage des Grundgesetzes; anders *Horn*, S. 18: Staatszielbestimmung; wie hier *Säcker/Oetker*, S. 7, Fn. 2 m.w.Nw.; s. auch *Schmidt-Preuß*, DVBl. 1993, 236, 238, 240 f. Die Frage kann hier dahinstehen. Für das aktuelle Arbeits(kampf)recht bietet die einfachgesetzliche Festschreibung der *Sozialen Marktwirtschaft* angesichts ihrer Offenheit nur einen Rahmen; vgl. auch *Konzen*, ZfA 1991, 379, 392.